

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 53 (1966)
Heft: 4

Artikel: Volksschulprobleme der Gegenwart
Autor: Egger, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-528200>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksschulprobleme der Gegenwart

Dr. Eugen Egger, Genf

Man muß in die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts zurückgehen, um in der Politik die Schule als ein so vordringliches und wichtiges Problem betrachtet und umkämpft zu finden, wie sie es heute nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum ist. Bezeichnen wir das letzte Jahrhundert als dasjenige der Volksschule, so sind wir versucht, die heutige Zeit als jene der Mittel- und der Hochschule zu betrachten. Wir sind uns indessen klar, daß bei vielen Schulpolitikern die Schulung in erster Linie nicht aus pädagogischen Gründen verfochten wird. Galt es nach der Französischen Revolution, zu Anfang des 19. Jahrhunderts, das Volk politisch zu emanzipieren und die Jugend zu freien Staatsbürgern in der Demokratie heranzuziehen, so wird heute der Ausbau des Schulwesens vielmehr aus wirtschaftlich-sozialen Gründen gefordert.

Es ist interessant festzustellen, daß in den Kantonen, in denen die liberal-radikale Tendenz sich durchsetzte, die Volks-, Real- und Industrieschulen besondere Förderung erfuhren. Dies wirkt sich bis heute aus, hat die Industrialisierung begünstigt und die Entwicklung des Typus C in diesen Kantonen (Oberrealschulen) zur Folge gehabt. In den Kantonen – meist ländlicher Struktur – wo die konservative Richtung sich behauptete, machte das Volks- und Real-schulwesen nicht dieselbe Entwicklung durch. Das Schwergewicht blieb beim humanistischen Gymnasium und bei einem gewissen «aristokratischen» Elitegedanken. Auch schien für die Bedürfnisse der Landwirtschaft eine ausgedehnte Schulung nicht notwendig.

Heute ist Schulpolitik sehr aktuell. Das Schlagwort «Recht auf Arbeit», das angesichts der heutigen Konjunkturlage die Anziehungskraft verlor, hat dem Postulat «Recht auf Bildung» Platz gemacht. Nachwuchsförderung, Talentreserven ausschöpfen usw. sind zu wichtigen politischen wie pädagogischen Slogans geworden. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß die Mangelsituation, die in unserem Lande durch Expertenberichte (Kommissionen Hummler, Schultz, Labhardt) festgestellt und bekannt gemacht wurden, «diesen «schulfreundlichen» Schock ausgelöst hatten. Hinzu kam, daß die pädagogische

Situation der Schweiz in internationalen Vergleichen (OECD-Berichte) plötzlich nicht mehr so «hervorragend» schien, wie viele geglaubt hatten. Waren diese Vergleiche zum Teil sicher irreführend, trugen sie doch das ihre dazu bei, die Öffentlichkeit zu alarmieren.

Seither ist vieles geschehen: ein eidgenössisches Stipendiengesetz ist in Kraft getreten, ein neues eidgenössisches Berufsbildungsgesetz wurde angenommen, die Kantone und Gemeinden sind zu vielfältigen Reformen geschritten.

Eines muß aber betont werden: Nachwuchsförderung, Ausschöpfen von Talentreserven, sind nur möglich, wenn unsere Schulpolitik von unten herauf und im ganzen Land mit denselben Mitteln betrieben werden kann. Ob der Hoch- und Mittelschulprobleme dürfen die Anliegen der Volksschule nicht vergessen werden.

Übrigens stellen sich die Probleme heute vielfach bereits im Vorschulalter und sind in allen Ländern in ähnlicher Weise anzutreffen.

Wenn wir hier in knappen Zügen die wichtigsten Probleme der Volksschule aufzeigen, so berührt dies natürlich nicht alle Kantone im gleichen Maße oder im selben Sinne. Fragen der Schulung und Bildung gehen eben immer die Gesellschaft an; und sie sind vielleicht deshalb heute so brennend, weil sich diese ganze menschliche Gesellschaft in einem Prozeß der Umbildung befindet.

Welches sind nun heute die kritischen Punkte im Sektor der Volksschule (Gesamtheit der in die obligatorische Schulzeit fallenden Schulen)?

Nach Art. 27^{bis} der Bundesverfassung «sorgen die Kantone für genügenden Primarunterricht, der ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.» Diese Formulierung ist, von der Festsetzung der allgemeinen Schulpflicht abgesehen, sehr unbestimmt. Der Gesetzgeber wollte nicht mehr als unbedingt nötig in die kantonale Schulhoheit eingreifen. Daher auch die sehr verschieden geartete Entwicklung. Trotzdem stellen sich heute manchen Kantonen dieselben Probleme.

1. Vorschulalter

Hier wird versucht, drei Fragen zu beantworten:

Wann soll ein Kind in den Kindergarten eintreten? Dies ist nicht nur eine organisatorische Frage. Die Kindergartenpädagogik muß sich dem Alter des Kleinkindes anpassen. Hinzu kommen die bau-

lichen Einrichtungen und die Erfordernisse für die Möblierung. Angesichts der heute vielfach schon zu großen Klassenbestände scheut man sich, das Eintrittsalter in den Kindergarten herabzusetzen. Die Betreuung der Schlüsselkinder, der Gastarbeiterkinder, der «Wohlstandsverwahrlosten» usw. verlangen allerdings öffentliche Maßnahmen.

Wer wird diese finanzieren? Bis heute wird die Großzahl der Kindergärten von Gemeinden oder privaten Institutionen unterhalten. Vielfach geht es aber nicht mehr ohne Beiträge des Staates, der Kantone.

Eine dritte, viel diskutierte Frage lautet: *Soll im Kindergarten schon mit Elementarunterricht* (Lesen, Schreiben, Rechnen) begonnen werden? Ist man in der Westschweiz eher dazu bereit, so denkt man in der deutschen Schweiz an Stufenkindergärten, die eine Schulvorbereitung für wegen Schulunreife zurückgestellte Kinder sein wollen. Dies bedeutet allerdings, daß die Lehrkräfte hierfür vorbereitet sind. In Genf nennt man das erste Schuljahr «*classe semi-enfantine*», weil es eine Mittellösung zwischen Kindergarten und Primarschule sein will. Schon im Vorschulalter treffen wir also in der Schweiz die verschiedensten Lösungen.

2. Schulalter

Ist man sich über das Wesen der Elementarstufe im allgemeinen einig, so gibt es in organisatorischer und methodischer Hinsicht doch vielerlei Lösungen. *Wann soll die Schulzeit beginnen?* Mit sechs oder sieben Jahren? Wesentlich wäre wohl, daß überall die Schulreife abgeklärt würde, damit nicht, wie es in einem Kanton festgestellt wurde, im Zeitpunkt des Übertritts über 30 Prozent Zurückgebliebene anzutreffen sind. Viel diskutiert wird in letzter Zeit auch die Frage des *Schuljahresbeginns*: Frühling oder Herbst? Angesichts der Binnenwanderung wäre ohne Zweifel Einheitlichkeit das Wichtigste. In methodischer Hinsicht fragt man sich immer noch, ob die neuen Rechenmethoden (Cuisenaire, Kern) allgemein einzuführen seien; auch der Leseunterricht (Ganzheitsmethode, analytische oder synthetische Methode) gibt zu Diskussionen Anlaß. In Deutschland beobachtet man eine wachsende Leseschwäche – ist die Ganzheitsmethode daran schuld? Wenn in unsern Lehrervereinen solche Fragen zur Sprache kommen, so ist zu überlegen,

inwiefern auf der Universitätsstufe systematische Forschung dieses Suchen unterstützen könnte.

Eine besonders wichtige und schwerwiegende Frage ist diejenige des *Übertritts*. Zu welchem Zeitpunkt soll dieser stattfinden? Nach dem vierten, fünften oder sechsten Schuljahr? Soll in zwei, drei oder gar mehr Klassenzüge, je nach Begabung oder Berufsschicht, aufgeteilt werden? Viele Faktoren sind hier natürlich zu berücksichtigen.

Eine erste Frage ist in diesem Falle jene der obligatorischen Schuldauer. Heute haben wir Kantone mit 7, 8 oder 9 Jahren Schulpflicht. Wir müssen indessen annehmen, daß 7 Jahre obligatorische Schuldauer nicht genügen. In Westdeutschland, Österreich und Frankreich sind 9 Jahre, in Italien 8 Jahre vorgeschrieben. Frankreich will 10 Jahre, England sogar 11 Jahre Schulpflicht einführen. In der Schweiz kennt der Kanton Bern seit dem neuen Primarschulgesetz die Möglichkeit eines 10., fakultativen Schuljahres für Primarschüler.

Die Oberstufengestaltung wird verschiedene Lösungen möglich machen. Wesentlich bleibt wohl, daß jedes begabte Kind die beste Ausbildung findet. Zu jeder Zeit soll der Übertritt von dem einen Schultyp zum andern möglich und erleichtert werden. Es ist aber klar, daß dies von den Finanzen, den Schülerzahlen, von der Lehrerausbildung usw. abhängen wird. In vielen Fällen werden nur Mittelpunkt- (oder Sammel-, bzw. Talschaft-) schulen diese Möglichkeiten bieten. Auch in diesem Bereich ist Regionalplanung unerläßlich. Den Universitäten fällt hier eine neue, wichtige und große Aufgabe zu.

Bei all dem darf man nicht vergessen, daß Buben und Mädchen dieselben Chancen geboten werden sollen und daß für beide im gleichen Maße der Weg zur Weiterbildung offen stehen muß.

Es gilt auch, sich der Minderbegabten anzunehmen. Förder-, Hilfs- und Spezialklassen (pro 40 Schüler eine Klasse?) müssen eingerichtet werden, will man die wenig Begabten nicht vernachlässigen oder die Begabten hemmen. Dabei müssen Pionierleistungen wie etwa das Zürcher «Werkjahr» gerade jenen Schülern weiterhelfen, die bis anhin wenig Erfolg hatten.

Die Oberstufengestaltung stellt also vielfältige Probleme, und nur wenn im ganzen Lande diese Beschulung gleichermaßen ausgebaut und entwickelt werden kann, wird man von Nachwuchs-

förderung und ‹Talentreserven ausschöpfen› reden können.

Der Ausbau der Oberstufe wird in vielen Fällen eine Dezentralisierung der untern Mittelschule bedeuten. Diese Maßnahme, in Verbindung mit einer Dezentralisierung der Industrie, finanzieller Institute usw., würde auch dazu führen, Talentreserven zu schaffen. Wenn im ganzen Lande Finanzen und Weiterbildungsmöglichkeiten vorhanden sind, dann wird dies die Beschulungsquotienten in den Mittel-, Berufs- und Hochschulen steigern.

Selbstverständlich stellen sich auch hier methodische Fragen; mit Geldmitteln und organisatorischen Neuerungen allein ist das Problem nicht zu lösen. Moderne Methoden des Fremdsprachenunterrichts, Sprachlaboratorien, audiovisuelle Hilfsmittel, Schulfunk, bringen neue Möglichkeiten. Auch hier wäre wiederum abzuklären, wie weit auf der Universitätsstufe der richtige Einsatz dieser Mittel untersucht und die Lehrer für den entsprechenden Unterricht in Weiterbildungskursen geschult werden sollten.

Schließlich ist die Volksschule und ihre Koordination innerhalb der Kantone näher zu betrachten. Es ist nicht damit getan, daß das Schuljahr zur selben Zeit beginnt, der Übertritt nach demselben Schuljahr erfolgt und die minimale Schuldauer überall wenigstens 8 Jahre beträgt. Soll in Anbetracht der starken Binnenwanderung etwas geschehen und der Übertritt von einem Schulsystem zum andern wirklich erleichtert werden, dann wird auch das Programm überprüft werden müssen. Der Schweizerische Lehrerverein hat für die ersten sechs Schuljahre ein einheitliches Programm für Deutsch und Rechnen vorgeschlagen. Ohne Zweifel ist es richtig, vorerst eine Einheitlichkeit in den Kernfächern anzustreben.

In der Westschweiz hatte man für die ‹Ecole romande› dasselbe versucht, allerdings bis heute ohne Erfolg. Ein ähnlicher Schritt wird von den Rektoren der westschweizerischen Mittelschulen vorgesehen; für den Gymnasialtypus B ist in Deutsch bereits ein einheitlicher Lehrplan zustande gekommen. Das wirksamste Mittel wären natürlich gemeinsame Lehrmittel. In manchen Fällen würde dies keinerlei Schwierigkeiten bieten.

Die Erziehungsdirektoren haben sich in regionalen Konferenzen zusammengefunden, um diese Frage zu studieren. In einer freiwilligen An-

gleichung liegt sicher die einzige Lösung für den lebendigen Schulföderalismus.

Auch nach der obligatorischen Schulzeit stellen sich viele offene Probleme: die Neugestaltung der Fortbildungsschule, die Reform des Gymnasiums, neue Didaktik im Mittelschulunterricht und neue Methoden in den Examensverfahren (Leistungs- und Eignungsprüfungen), Steigerung der Berufsbildung, Ausbau des zweiten Bildungsweges, staatliche Förderung der ‹Jugendpolitik› sowie der Erwachsenenbildung. Es würde zu weit führen, darauf im einzelnen einzugehen. Eines aber wollen wir festhalten: jede Reform beginnt mit der Volksschule, und der Ausbau der Oberstufe ist geradezu der Schlüssel des ganzen Problems.

‹Vernünftiger› Patriotismus?*

Oberstkorpskommandant Dr. A. Ernst,
Muri bei Bern

Die Frage nach einem ‹vernünftigen› Patriotismus stammt nicht von mir. Sie wäre mir kaum in den Sinn gekommen. Aber es scheint mir eine berechtigte Frage zu sein. Mancher wird sich mit ihr in Gedanken bereits auseinandergesetzt haben.

A. Das Adjektiv ‹vernünftig› in der uns gestellten Frage läßt vermuten, daß der Fragesteller den Begriff ‹Patriotismus› nicht mehr schlechthin gelten lassen will, weil er ihn offenbar als belastet empfindet. Er scheint eine Einschränkung für notwendig zu halten, um dem seiner Meinung nach fragwürdig gewordenen Begriff einen neuen Sinn zu verleihen.

Sind seine Bedenken begründet?

Ich glaube ja. Viele Schweizer, vor allem solche der jungen Generation, betrachten die Worte ‹Patriotismus› oder ‹Vaterlandsliebe› mit einer gewissen Skepsis.

Die *einen* bejahen zwar die Existenzberechtigung der schweizerischen Eidgenossenschaft, aber sie können mit dem Begriff ‹Patriotismus› nichts mehr anfangen. Es sind, so scheint mir, vor allem drei Gründe, die zu dieser skeptischen Einstellung geführt haben:

* Ansprache, gehalten am Radio, Silvester 1965